



AfD im Stadtrat Pirmasens, Kaiserstraße 2, 66955 Pirmasens

Stadtverwaltung Pirmasens
Dezernat 1, Markus Zwick
Postfach 2763

66953 Pirmasens

Büroadresse:
66955 Pirmasens
Kaiserstraße 2a
Tel. 0177 867 3736
stadtrat@afd-pirmasens.de

30.08.2024

Aufnahmestopp für Flüchtlinge aus der Ukraine

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in der örtlichen Presse wurde kürzlich berichtet, dass die Stadtverwaltung einen Aufnahmestopp für ukrainische Flüchtlinge verkündet hat, der direkt danach vom Land wieder einkassiert wurde, weil man dort der Auffassung war, dass die Aufnahmequote noch nicht überschritten sei.

Hierbei wurden unterschiedliche Statistiken als Begründung für die differierenden Ansichten herangezogen.

Dass ein ~~Aufnahmestopp~~ dennoch kommen wird, sei aus Sicht des Oberbürgermeisters jedoch unausweichlich. So habe die Stadt Pirmasens nach seinen Angaben mittlerweile etwa 900 Ukrainer aufgenommen.

Er verwies in diesem Zusammenhang u.a. darauf, dass die Stadt inzwischen mit der Aufnahme aller Flüchtlinge überfordert sei und nannte als Beispiele die Schaffung von 100 neuen Kita-Plätzen sowie die Überbelastung von Personal und ehrenamtlichen Helfern. Der sogenannten „Pirmasenser Weg“ wäre erfolgreich, da „Flüchtlingen“ sofort in Integrationskurse und zur Aufnahme einer Arbeit gebracht würden. Der Oberbürgermeister erklärte schließlich, das Thema in Kürze beim Städtetag erneut ansprechen zu wollen.

Aufgrund dieses Sachverhaltes stellt die AfD Stadtratsfraktion folgende Fragen:

1. Wie viele der etwa 900 in Pirmasens untergebrachten Ukrainer sind erwerbsfähig und wie viele davon in regulärer Arbeit?
2. Wie viele dieser Ukrainer sind Männer im „wehrfähigen Alter“? Oder anders formuliert: wie viele Deserteure werden vom deutschen Steuerzahler mit Sozialleistungen zu umsorgt?

3. Kann die Verwaltung beziffern, auf welche Gesamtsumme sich alle Sozialleistungen belaufen, die vom Jobcenter oder Sozialamt an alle „Flüchtlinge“ - anerkannten Asylbewerber, Geduldete oder sonstige Ausländer im letzten Jahr ausbezahlt wurden?
4. Kann die Verwaltung beziffern, wie hoch die Personalkosten sind, welche durch die Schaffung zusätzlicher Stellen oder durch Überstunden in allen Bereichen entstanden sind, um die seit Jahren andauernde illegale Masseneinwanderung bewältigen zu können (zB bei Verwaltungspersonal, Betreuern, Erziehern usw.)?
5. Gibt es für die Verwaltung noch andere Möglichkeiten als einen Aufnahmestopp oder eine Zuzugssperre, um die weitere Flutung unserer Stadt mit Ausländern zu stoppen? Wenn ja, welche?
6. Welche konkreten Möglichkeiten hat der Städtetag, bei dem der Oberbürgermeister die Thematik ansprechen will, in dieser Angelegenheit?

Mit freundlichen Grüßen

Volker Haberkost
Fraktionsvorsitzender

